

Protokoll

11. Sitzung vom 22. Juni 2015

rsa

Seite 229

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 22. Juni 2015, 19.00 Uhr – 21.00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	34 Mitglieder des Gemeinderats, Stadtrat und Stadtschreiber, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., sowie Paul Bossert, Ratsweibel Oliver Küng ab 19.10 Uhr
Entschuldigte	Edith Brunner (Privat)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme der Protokolle vom 23. März 2015 und 13. April 2015
3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds des Büros Gemeinderat (Stimmzählerin oder Stimmzähler) für den Rest der Amtsdauer 2014-2018
4. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Raumplanungskommission für den Rest der Amtsdauer 2014-2018
5. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2014-2018
6. Abnahme der Rechnung der Politischen Gemeinde für das Jahr 2014
7. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2014
8. Weisung 4, vom 19. Januar 2015, betreffend Sportbauten Untermosen, Einbau einer Photovoltaikanlage, Kredit
- ~~9. Interpellation der CVP- und SP-Fraktionen, vom 2. April 2015, betreffend Konflikt- und Präventionskonzept an der Primarschule Wädenswil, Begründung~~
- ~~10. Interpellation der GLP-Fraktion, vom 10. November 2014, überwiesen am 9. Februar 2015, betreffend Submission Arbeiten „Gewerbepark Rütihof“, Beantwortung~~
- ~~11. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 27. Mai 2015, betreffend Aufführungszonen für Strassenmusikanten, Begründung~~

~~12. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 3. November 2014, überwiesen am 9. Februar 2015, betreffend Beteiligung der Stadt an der Hangenmoos AG, Beantwortung~~

~~13. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 10. November 2014, überwiesen am 9. Februar 2015, zur Standortförderung Wädenswil, Beantwortung~~

14. Einbürgerungen:

- KAJTAZAI Jeton mit seiner Tochter Tara, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 17
- TALEB geb. Böhme Julia, deutsche Staatsangehörige, mit ihrem Ehemann Tarek, libanesischer Staatsangehöriger und die Kinder Jakob und Zeinab, beide deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Obere Leihofstrasse 20
- YILDIRIM Selçuk, türkischer Staatsangehöriger, mit seiner Ehefrau Hanna geb. Pfeifer, deutsche Staatsangehörige und die Kinder Karla Ayana und Robert Eren, beide deutsche und türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Eichweidstrasse 7a
- ZHDANKIN Vitaly, russischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Eichweidstrasse 22

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Erich Schärer teilt mit, dass ihm vor ein paar Tagen bewusst geworden sei, wie nahe Tod und Leben zusammenlägen. Der Ehemann der Ratskollegin Edith Brunner, Jakob Brunner, sei vor ein paar Tagen im 65. Altersjahr verstorben. Er sei bis zu seiner Pensionierung als Mathe-Professor in Sargans tätig gewesen. Er bitte die Ratskolleginnen und Ratskollegen zu seinem Gedenken kurz aufzustehen.

Neues Leben habe es über das Wochenende bei der Familie Erni gegeben. Stadtrat Jonas Erni sei Vater der Tochter Soe geworden. Er gratuliere ganz herzlich und wünsche gutes Gedeihen.

Neu im Rat begrüsse er heute offiziell Patrik Mouron, CVP, als Nachfolger von Andreas Gut. Ebenfalls neu im Rat sei zudem Peter Hildebrand, SP, als Nachfolger von Daniel Tanner. Er wünsche den beiden viel Freude und Befriedigung sowie Durchhaltewillen im neuen Amt als Gemeinderäte im Parlament Wädenswil.

1.1 Eingänge

- Interpellation der CVP- und SP-Fraktionen, vom 2. April 2015, betreffend Konflikt- und Präventionskonzept an der Primarschule Wädenswil

- Protokoll der Sitzung des Gemeinderats vom 23. März 2015
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage des BFPW, vom 29. November 2014, betreffend Diebstahl-Sicherheit in den Schulhäusern
- Beantwortung der Interpellation der GLP-Fraktion, vom 10. November 2014, überwiesen am 9. Februar 2015, betreffend Submission Arbeiten „Gewerbepark Rütihof“
- Protokoll der Sitzung des Gemeinderats vom 13. April 2015
- Illustrierter Sitzplan des Gemeinderats 2015/2016
- Schriftliche Anfrage der EVP/EDU-Fraktion, vom 22. Mai 2015, zur Umnutzung des SBB Reisebüros
- Postulat der Fraktion der Grünen, vom 27. Mai 2015, betreffend Aufführungszonen für Strassenmusikanten
- Schriftliche Anfrage der Fraktion der Grünen, vom 27. Mai 2015, betreffend der Umsetzung des Behinderten-Gleichstellungsgesetzes zur Anpassung der Bushaltestellen
- Bericht und Antrag zur Weisung 4, vom 19. Januar 2015, betreffend Sportbauten Untermosen, Einbau einer Photovoltaikanlage; Kredit
- Beantwortung der Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 3. November 2014, überwiesen am 9. Februar 2015, betreffend Beteiligung der Stadt an der Hangemoos AG
- Beantwortung der Interpellation der FDP-Fraktion, vom 10. November 2014, überwiesen am 9. Februar 2015, zur Standortförderung Wädenswil
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der SVP/BFPW-Fraktion, vom 17. März 2015, betreffend Anschaffung von „Tasern“ für die Stadtpolizei Wädenswil
- Bericht und Antrag zur Rechnung 2014 und zum Geschäftsbericht 2014 der Politischen Gemeinde Wädenswil

1.2. Überweisungen

--

2. Protokollabnahmen

Die Protokolle der Sitzungen vom 23. März 2015 und 13. April 2015 werden genehmigt.

16.04.05

3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds des Büros Gemeinderat (Stimmzählerin oder Stimmzähler) für den Rest der Amtsdauer 2014-2018

Die IFK schlägt **Peter Hildebrand, SP**, vor. Er wird ohne Erweiterung und Auszählung als 3. Stimmzähler in das Büro des Gemeinderats (Ersatz für Hansjörg Schmid, SP), für den Rest der Amtsdauer als gewählt erklärt.

16.04.43

4. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Raumplanungskommission für den Rest der Amtsdauer 2014-2018

Die IFK schlägt **Hansjörg Schmid, SP**, vor. Er wird ohne Erweiterung und Auszählung als Mitglied in die Raumplanungskommission (Ersatz für den aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Daniel Tanner, SP), für den Rest der Amtsdauer als gewählt erklärt.

16.04.42

5. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2014-2018

Die IFK schlägt **Patrik Mouron, CVP**, vor. Er wird ohne Erweiterung und Auszählung als Mitglied in die Sachkommission (Ersatz für den aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Andreas Gut, CVP), für den Rest der Amtsdauer als gewählt erklärt.

10.06

6. Abnahme der Rechnung der Politischen Gemeinde für das Jahr 2014

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Präsidentin der GRPK Christina Zurfluh Fraefel, teilt mit, dass das Jahr 2014 wohl in die Geschichte als Jahr mit mehreren internationalen Krisenherden und Notlagen eingehe. Zurzeit seien 102 Millionen Menschen weltweit in Not. Ende 2013 seien es noch 81 Millionen gewesen. Nicht alle würden die gleiche internationale Aufmerksamkeit erhalten. Der syrische Bürgerkrieg habe 2014 eine neue Generation von Terroristen hervorgebracht: Die Anhänger der Terrormiliz „Islamischer Staat“ IS. Die Gräueltaten dieser Dschihadisten in Syrien und im Irak seien unbeschreiblich. Zu denken gäben in diesem Zusammenhang speziell Gefolgsleute aus europäischen Ländern.

Zuerst sei es die Krim gewesen, anschliessend die Ostukraine. Russlands Präsident Wladimir Putin habe im Februar den Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch nicht akzeptiert und Russlands Hoheitsanspruch angemeldet. Die Folge davon sei die Annektion der Krim und schliesslich ein blutiger Krieg in der Ostukraine gewesen. Eine friedliche Lösung sei bis heute nicht gefunden worden.

Im Frühjahr 2014 sei in Westafrika die tödliche Ebola-Epidemie ausgebrochen. Länder wie Liberia, Sierra Leone oder Nigeria hätten den Notstand ausgerufen. Zahlreiche Organisationen hätten in der Folge eine gross angelegte Hilfsaktion gestartet. Bisher seien am Virus weltweit knapp 6000 Menschen gestorben. In der Schweiz sei kein einziger Ebola-Fall registriert worden. Das seien nur einige Beispiele neben dem Krieg im Gaza im Sommer 2014, Gewalt in der Republik Zentralafrika, den Flüchtlingsbooten im Mittelmeer, usw. und so fort.

In der Schweiz seien sie auch 2014 weitgehend von schlimmen, lokalen Ereignissen verschont worden, allerdings mache die Unsicherheit des EU-Raums immer weniger Halt vor

der Grenze. Auch hier in Wädenswil habe sich die Unsicherheit gezeigt. So schliesse man die Rechnung 2014 um CHF 2.4 Mio. schlechter ab als budgetiert.

Über die Hintergründe dazu sei die GRPK am 16. April 2015 von Stadtrat Peter Schuppli und dem Leiter Finanzen, Ralph Ruoss, informiert worden. Ein Dank an diese beiden Herren sowie auch an alle Abteilungschefs für ihre Arbeit. Ein Dank gelte auch dem Steuersekretär und allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, sei doch der Gesamtaufwand einigermaßen im Budget geblieben. Ein Dank gehe ebenfalls an die pflichtbewussten Steuerzahler, auch wenn der Gesamtertrag CHF 3.2 Mio. unter dem Budget liege.

Verantwortlich für das Minus sei nebst den reduzierten Steuereinnahmen der Dauerbrennpunkt Frohmatt, welcher ein Defizit von CHF 3.7 Mio. eingefahren habe. Dass viele der Folge- und Zusatzkosten eigentlich in den Initialkredit gehört hätten, hätten sie bei ihren diversen Nachfragen immer wieder bestätigt bekommen. Aber im Nachhinein sei man immer schlauer, aber wirklich blöd sei halt, wenn man meine, alle Fehler immer selber machen zu müssen. Vergleichbare Institutionen würden unter solchen Umständen den Betrieb schliessen und erst dann bauen. Rückblickend wäre das vermutlich der wesentlich klügere Weg gewesen. Dass man dann aber nach so vielen Unwägbarkeiten und mit so vielen finanziellen Überschreitungen gerade noch eine Verselbständigung prüfe - und notabene schon wieder CHF 85'000.-- ausgabe, komme schon etwas gar waghalsig daher.

Dass die Grundstücksteuern rückläufig seien, deute auf eine gewisse Sättigung im Immobilienmarkt hin. Vor allem das Hochpreissegment schein vorläufig seine Blütezeit hinter sich zu haben.

Das Steuersubstrat von juristischen Personen komme gerade mal auf 7%. Eine Zahl, die hoffentlich bald einmal nach oben korrigiert werde, auch wenn die Wirtschaft nach dem 15. Januar 2015 alles andere als euphorisch gestimmt sei. Lokale Arbeitsplätze würden aber der Motor bleiben. Leider hätten das auch im 2014 nicht alle Wädenswiler Bürger so gesehen, habe doch das Projekt Rütihof für viel Aufruhr, Bindung von Ressourcen und ausufernden Diskussionen gesorgt.

Da Wädenswil nach wie vor in einer Hochinvestitionsphase sei, brauche es auf der anderen Seite eine Kosten- und Budgetdisziplin sowie auch einen Sparwillen. Es wäre wünschenswert, wenn das vom Stadtrat vorgelebt und in den Abteilungen so weiter geführt würde. Gerade der Stadtrat wäre mit seinen Kreditbeschlüssen ausserhalb des Voranschlags gefordert; habe er doch im 2014 zusätzlich CHF 283'000.-- bewilligt, also über eine Viertel Million oder mehr als ½ Steuerprozent.

Vom 11. - 15. Mai 2015 habe die offizielle GRPK-Besuchswoche stattgefunden. An dieser Stelle gehe ein Dank an alle involvierten und beteiligten Personen. Die externe Revisionsstelle BDO habe vorab die finanztechnische Prüfung der Rechnung 2014 vorgenommen und empfehle mit Schreiben vom 10. April 2015 diese zu genehmigen. Eine Subkommission der GRPK habe an der Besprechung mit der BDO und der Stadt teilgenommen. Speziell hervorgehoben sei dabei, dass die Verbesserungsvorschläge des letzten Jahres aufgenommen und entweder bereits umgesetzt worden seien oder noch würden. Was auf der anderen Seite weiterhin noch nicht umgesetzt worden sei, sei die Ausrichtung mit dem FLAG System

(früher NPM). Die GRPK erwarte vom Stadtrat nun endlich eine Stellungnahme zum weiteren Vorgehen. Sollte dieses System beibehalten werden, dann gehöre auch eine entsprechende, konsequente Würdigung der Zielerreichung in den Geschäftsbericht.

Auch ein klares, öffentliches Leitbild als übergeordnete Zielvorgabe fehle nach wie vor. Etwas schwach für eine so grosse Stadt wie Wädenswil; und schade, dass der Stadtrat nicht einsehe, dass mit einem klaren Leitbild viele Diskussionen verkürzt werden könnten.

Sie komme zum Schluss. Im Namen von allen Mitgliedern der GRPK beantrage sie, die Rechnung 2014 und auch die FLAG-Berichte abzunehmen. Die Zustimmung zur Annahme dürfe sie auch im Namen der SVP-Fraktion bekanntgeben.

Sie empfehle im Namen aller Mitglieder der GRPK auch den Geschäftsbericht abzunehmen.

Mitglied der GRPK, Jonas Rickli, GLP, sagt, dass die Rechnung 2014 alle bekommen und die wichtigsten Zahlen alle gehört hätten. Es gebe ganz viele Entschuldigungen, warum die Rechnung ein wenig schlechter sei. Die Einnahmen seien in diesem Jahr kleiner und der Aufwand sei wieder gestiegen. Aber eigentlich sollten alle etwas zurückblicken und schauen, wie die Tendenz und die Entwicklung seien. Man solle sich nicht zu fest an die einzelnen Details klammern. Man finde immer einen Grund oder eine Entschuldigung. Als Beispiel ein kleiner Vergleich zwischen den Jahren 2008 / 2014. Tatsache sei, dass sie eine Teuerung von minus 1% - in den Jahren, in welcher er jetzt vergleiche - also von 100 auf 99 hätten; eine Bevölkerungsentwicklung von plus 6%, einen Ertrag von plus 9% und eine Aufwandssteigerung von 24%. Das seien für ihn die wichtigen Zahlen. Man könne diesen Vergleich egal mit welchen Jahren machen. Immer wieder komme man auf die gleichen Kennzahlen. In den letzten 15 Jahren sei der Aufwand pro Einwohner um 80% gestiegen. Es nütze nichts, wenn man die Schuld bei den Grundstückgewinnsteuern, welche dieses Jahr etwas tiefer lägen, suche, oder das und das sei etwas teurer gewesen. Das Gesamte werde einfach immer teurer. Der Aufwand steige massiv, ohne dass man letzten Endes viel mehr davon habe. Er sehe nicht gewaltig viel, dass der Service Public enorm besser geworden sei, so dass man zum Beispiel am Bahnhof eine bessere Toilette erhalten habe. Es sei einfach der Aufwand, der immer grösser und grösser werde und das sei schlussendlich das Resultat. Er sei überzeugt, dass alle Verwaltungsangestellten und alle die Mitziehen, das gut machen würden. Aber sie von der GLP seien nicht überzeugt, dass alles, welches der Stadtrat anreisse und mache, wirklich nötig sei und dass dieses die Bevölkerung in der Lebensqualität entscheidend vorwärts bringe. Darum bitte die GLP den Stadtrat, dass er vermehrt prüfe und unterscheide zwischen absolut Nötigem und Sachen, welche unter „nice to have“ laufen würden. Die Personalaufstockung, welche schlussendlich der Hauptkostentreiber für die höheren Ausgaben sei, sei das Resultat von den zusätzlichen Aufgaben, welche die Stadt ständig übernehme. Neben den Kernaufgaben habe die Stadt immer mehr Sachen übernommen, welche vielleicht auch Private übernehmen könnten. Man solle von den Luxusinvestitionen wegkommen. In einer Zeit, in welcher die Finanzen knapp seien, sollten die Ausgaben wieder ins Lot gebracht werden. Sie würden ganz fest hoffen, dass alle in Zukunft daran arbeiten würden, damit der Aufwand reduziert werden könne, da bei den Einnahmen die Zitrone ausgepresst sei.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, GP, führt aus, dass es gerade mal ein Jahr her sei - am 23. Juni 2014 hätten bürgerliche Gemeinderäte trotz grossen, voraussehbaren Investitionen verkündet, dass sie sich für weitere Steuersenkungen einsetzen würden. Dieser absoluten Fehleinschätzung der Finanzlage der Stadt Wädenswil habe man dieses Debakel wo sie heute stehen würden, unter anderem, zu verdanken. Jetzt würden sie den Salat haben. Jahrelange "Steuersenkkeritis" der Bürgerlichen habe schlussendliche zu diesem miserablen Resultat der Rechnung 2014 geführt. Eigentlich hätte man es ja kommen sehen. Die Grünen hätten immer wieder vor diesem Tag gewarnt, aber zuhören habe niemand gewollt. Habe man nicht gewusst, dass die Finanzausgleichsgelder einmal wegfallen würden? Habe man nicht gewusst, dass die Gelder aus der Grundstückgewinnsteuer nicht immer weiter so sprudeln würden? Wie gesagt, eine vernünftige Steuerpolitik hätte diese Ausfälle auffangen können. Aber man habe ja unbedingt mit den anderen Gemeinden um das Rennen der tiefsten Steuern mitmachen müssen. Die Grünen seien nun gespannt wie es weitergehe. Auch die mögliche Fusion mit Hütten und/oder Schönenberg sowie ein enormer Bedarf von Geldern für längst überfällige Investitionen und weiter sinkende Grundstückgewinnsteuern würden die zukünftigen Rechnungen sicher nicht besser aussehen lassen. Es sei jetzt nötig, aus vergangenen, grossen Fehlern zu lernen. Es sei verständlich, dass sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nicht mehr gerne zurückschauen wollen und über die zukünftigen Einsparungen sprechen wollen. Die Wädenswiler Steuerzahler würden Anspruch auf ein intaktes Wädenswil haben, mit einer Infrastruktur, die den heutigen Anforderungen entspreche, mit öffentlichen Gebäuden und Anlagen, die einem guten Standard entsprächen. Es wäre für Wädenswil, insbesondere für seine Nachkommen, eine Katastrophe, wenn diese verfehlte Finanzpolitik weitergeführt und wichtige Investitionen weiter zurückgestellt würden. Der Stadtrat sei gefordert, kreative und innovative Lösungen zu finden, um Einnahmen zu generieren und laufende Ausgaben zu überprüfen.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion über die Finanzen der Stadt Wädenswil besorgt sei. Wie gesagt schliesse die Rechnung 2014 mit einem Fehlbetrag von CHF 7.2 Mio. um CHF 2.4 Mio. schlechter ab als budgetiert. Auch für dieses Jahr sei ein Fehlbetrag von CHF 7 Mio. budgetiert worden. Ohne den ausserordentlichen Ertrag von CHF 3 Mio. aus der Liquidation der Immobiliengesellschaft Pro Wädenswil wären es sogar CHF 10 Mio. Trotz stagnierenden, ja teilweise rückläufigen Steuereinnahmen, würden die Ausgaben weiterhin ungebremst steigen. Sei es beim Personalaufwand oder in den traditionellen Abteilungen Schule und Jugend sowie Soziales und Gesundheit. Sie würden noch keine konkreten Massnahmen sehen, diese Entwicklung zu stoppen. Im Gegenteil, Christina Zurfluh habe es bereits erwähnt, bei 12 Budgetpositionen seien nachträglich Zusatzkredite von CHF 283'000.-- bewilligt worden, da die Budgets nicht eingehalten worden seien, das seien 27%. Während in der Privatwirtschaft die Arbeitnehmer und Firmen die Gürtel enger schnallen müssten, würde in Wädenswil weiter munter Geld ausgegeben. Wo bleibe da der oft diskutierte Sparwille von Stadt- und Gemeinderat? Eben hätten sie die Weisung 7 zur Erweiterung der Schulanlage Ort bekommen. Auch da habe er das Gefühl, dass wieder mit der grossen Kelle angerührt werde, als ob sie das Geld vom Haufen nehmen könnten.

Statt den unbequemen und unpopulären Weg des Sparens und Verzichtens zu gehen, werde unter vorgehaltener Hand bereits über Steuererhöhungen gesprochen. Für ihn sei dies der Weg des geringsten Widerstands. Die OSW habe den Steuerfuss bereits erhöht und weitere Erhöhungen seien angekündigt worden. Aus ihrer Sicht müsse der Steuerfuss

der politischen Gemeinde unangetastet bleiben. Dafür werde sich die FDP-Fraktion stark machen. Seitens der FDP-Fraktion würde man die Anträge der GRPK unterstützen, die Rechnung 2014 und den Geschäftsbericht 2014 zu genehmigen.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, sagt, dass die CVP- Fraktion ausserordentlich besorgt über die Entwicklung der städtischen Finanzlage sei. Deshalb hätten sie bereits im Januar 2015 ein Postulat eingereicht und den Stadtrat aufgefordert, die Aufwandstruktur zu überdenken und Massnahmen zur Stabilisierung einzuleiten. Auf die Antwort würden sie noch warten. Sie seien gespannt, welche Massnahmen der Stadtrat einleite.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, wenn man die Rechnung 2014 so anschau, ein aller erster Blick auf die allererste Zeile, da wirke es eigentlich noch erfreulich. Der Totalaufwand sei immerhin um CHF 800'000.-- tiefer als budgetiert. Der Aufwand pro Einwohner sei somit um CHF 230.-- gegenüber dem Vorjahr gesunken. Wenn man jedoch etwas weiter schau, verschwinde der positive Eindruck leider. Die Einnahmen seien – es wurde schon angesprochen – massiv tiefer ausgefallen als budgetiert. Darum auch das viel höhere Defizit. Klar könne man hoffen, dass das Frohmatt-Defizit in Zukunft wieder tiefer ausfalle. Die hohen Grundstückgewinnsteuern der letzten Jahre dürften jedoch der Vergangenheit angehören. Die Ausgangslage mache klar, dass man in Wädenswil in Zukunft vermehrt über Einnahmen und somit über die Steuern diskutieren müsse. Die SP werde dies am Donnerstag, an der nächsten Parteiversammlung machen. Sie würden hoffen, dass auch andere Parteien in diese Diskussion einsteigen und sich einbringen. Sie würden hoffen und darauf vertrauen, dass die Beiträge konstruktiver sein werden, als die Steuern zu senken.

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, teilt mit, dass sie sich im letzten Jahr über eine Rechnungsdifferenz von CHF 16 Mio. hätten freuen dürfen. Dieses Jahr sei es leider umgekehrt; die Rechnung schliesse mit einer Differenz von CHF 2.4 Mio. oder einem Aufwandüberschuss von CHF 7.2 Mio. ab.

Die Gründe dafür seien tiefere Einnahmen bei den ordentlichen Steuern II, den Grundsteuern, höhere Ausgaben beim Alterszentrum Frohmatt und der Gesundheit. Grundsteuern seien schwer planbar und könnten nach einem Ausnahmejahr wie 2013 auch einmal unter einen geplanten Wert fallen. Allerdings überrasche es sie, dass die Frohmatt mit CHF 2.2 Mio. Mehrausgaben und einem Defizit von CHF 3.7 Mio. im Fokus stehe. Klar, durch die Bauverzögerung sei die Tarifierhöhung verschoben bzw. nicht termingerecht ausgeführt worden. Viele Betten seien deshalb länger unbelegt geblieben, als man ursprünglich gerechnet habe. Am Meisten störe sie aber, dass verschiedene Aufwendungen, welche eigentlich in die Bauabrechnung gehört hätten, in der laufenden Rechnung versteckt bzw. abgerechnet worden seien. Auch der Stadtrat habe CHF 280'000.-- mit Zusatzkrediten bewilligt; für Mehrwertsteueranalyse, Musterzimmer, Schulmobiliar, die Verselbständigung der Frohmatt, Kehr-richtfahrzeug, etc. Sie würden sich fragen, ob dadurch bewilligte Investitionen, welche mehr gekostet hätten, „zurechtgerückt“ worden seien?

Sparen sei angesagt – jede kreative Idee, welche Erfolg verspreche - solle verfolgt werden. Auch die Personalsituation dürfe kein Tabuthema mehr sein. Die SVP wünsche dem Stadtrat zur bevorstehenden Budgetierung viel Erfolg.

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, wolle keine einzige Zahl nennen. Sie wolle darauf aufmerksam machen, dass etwas, das Gut sei, koste. Sie glaube, dass Wädenswil eine gute, saubere und sichere Stadt sei. Es habe Schulen, ein Altersheim; es funktioniere. Die Bevölkerung bekäme für die Steuern etwas. Daran solle man denken, wenn man vom Sparen rede. Wenn man weniger habe, gäbe es weniger, wenn man etwas mehr gebe, habe man das, das man brauche.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli, bedankt sich bei der GRPK und ihrer Präsidentin Christina Zurfluh für die wie immer konstruktive und zügig Abwicklung und Abnahme der Rechnung und für die fundierte und ausführliche Berichterstattung.

Auch wenn sich das Prozedere Jahr für Jahr wiederhole, sei es doch immer wieder ein Effort, bis alle Besuche in den verschiedenen Abteilungen gemacht und alle Gespräche mit den leitenden Angestellten und den zuständigen Stadträten geführt seien, bis der Bericht verfasst, bereinigt und abgesegnet sei und bis die Anträge ausformuliert seien.

Dank verdiene aber nicht nur die GRPK-Equipe, Dank gebühre auch allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, welche zum Teil hinten im Raum sässen. Zu ihrem courant normal – der selbst tagesfüllend sei – müsse jeweils auch noch Zeit für die Beantwortung der eingereichten Fragen und für die Gespräche mit den GRPK-Vertretern aufgebracht werden.

Eine Rechnung sei zwar, wenn sie vorliege, bereits Vergangenheit, doch sie sei auch eine Art Zeugnis, wie gut seinerzeit budgetiert wurde, wie gut man also die Zukunft geplant und wie gut man sich an die Vorgabe gehalten habe.

Natürlich gebe es immer Unvorhergesehenes. Sowohl auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmeseite. Gerade in dem Bereich nähmen die Unsicherheitsfaktoren nicht ab, sondern tendenziell zu. Es sei herausfordernd, die Entwicklung der Konjunktur, der Beschäftigung, der Löhne und Boni, die unternehmerischen Entscheidungen in der Privatwirtschaft, von nicht beeinflussbaren, übergeordneten Vorgaben usw. einigermaßen präzise voraus zu sehen. Man müsse zur Kenntnis nehmen: Was die Steuereinkünfte anbelangen würde, lebe man in verstärkt unsicheren Zeiten als das noch vor wenigen Jahren der Fall gewesen sei. Vieles möge einem wie ein Blick in die Kristall-Kugel vorkommen. Doch dank der Erfahrung und Disziplin der Mitarbeitenden sei es im vergangenen Jahr gelungen, die budgetierten Werte im Ausgabebereich weitestgehend einzuhalten. Dort, wo grössere Abweichungen im negativen Sinne entstanden seien, hätten vorab Gründe ausserhalb des Einflussbereichs der Verwaltung den Ausschlag gegeben.

Das Fazit, das man an dieser Stelle bereits ziehen könne und müsse sei, dass sie keinen besonders rosigen Zeiten entgegen streben würden. Weder auf Seite der natürlichen noch auf Seite der juristischen Personen ständen die Zeichen auf „heiter“ - im Gegenteil, eher auf böig und windig. Die Stadt müsse sich - ob es ihr gefalle oder nicht - mit Themen befassen wie „wo lassen sich Kosten sparen, Projekte verschieben, Leistungen optimieren usw.“. In diesem Zusammenhang müsse man aber auch dem Umstand Rechnung tragen, dass ein Verschieben von fälligen Investitionen in die Infrastruktur, nicht nur in Strassen und Leitungen, sondern auch in städtische Liegenschaften, Kindergärten, Schulanlagen usw. lediglich ein Herausschieben mit unter Umständen noch höheren Kosten sei.

Ob aber Massnahmen auf der Kostenseite reichen würden, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, werde sich zeigen müssen. Zum heutigen Zeitpunkt sei eine Diskussion um den Steuerfuss nicht völlig auszuschliessen, auch wenn das ein ebenso oder noch ein unpopulärereres Thema sei als das Optimieren oder Straffen des städtischen Dienstleistungsangebots.

Das Ganze sei wie eine Quadratur des Zirkels: Die Bevölkerung wolle möglichst umfassende Leistungen von der öffentlichen Hand, eine funktionierende Infrastruktur - und das möglichst kostengünstig, spreche: zu einem attraktiven Steuerfuss.

Selbstverständlich gebe es im Handbuch „Wie ziehe ich gute und treue Steuerzahler an?“ diverse Ratschläge und Empfehlungen. Unter anderem sei dort zu lesen, dass man eine aktive Standortvermarktung betreiben müsse, dass Gewerbebetriebe und Industrie ebenso willkommen seien wie alles was mit Bildung, Schule und Forschung zu tun habe, und dass man offen sei für zukunftssträchtige Technologien.

Zwar sei der Wegzug der BASF und einer Tochtergesellschaft der Zehner-Gruppe zu bedauern, habe das doch einen spürbaren Verlust an Arbeitsplätzen und Steuereinkünften zur Folge. Umso wichtiger sei die Realisierung des Projekts Rütihof. Das unter dem Begriff Werkstadt Zürisee laufende Projekt sei darum so wichtig für die Stadt, weil es Ortsansässigen und auch weiteren Gewerbebetrieben und Dienstleistern eine zukunftsgerichtete Entwicklungsmöglichkeit biete. Für Wädenswil biete sich im Rütihof eine chancenreiche Möglichkeit, welche sie sich nicht entgehen lassen sollten.

Erlauben sie noch folgende Anmerkungen zum Rechnungsabschluss 2014: Dass der budgetierte Fehlbetrag von CHF 4.8 Mio. um CHF 2.4 Mio. oder 50% verfehlt worden sei, habe vor allem zwei Gründe: Erstens seien die Grundsteuern um CHF 1.2 Mio. tiefer als prognostiziert ausgefallen, (budgetiert seien CHF 8 Mio. gewesen, eingegangen seien CHF 6.8 Mio. im Vergleich mit dem Vorjahreswert von CHF 15.8 Mio.). Zweitens sei das Defizit des Alterszentrums Frohmatt um CHF 2.2 Mio. schlechter ausgefallen als budgetiert. Die Gründe dafür seien bekannt. Es seien die Personalkosten (krankheitsbedingte Ausfälle) und eine Verschiebung der geplanten Taxerhöhung wegen der Bauverzögerung. Ohne diese zwei Negativfaktoren hätte die Rechnung 2014 um CHF 1 Mio. besser als budgetiert abgeschnitten. Anders ausgedrückt: Alle anderen Abteilungen hätten beim Abschluss im Budget oder sogar besser als budgetiert abgeschnitten. Dazu würden die Bereiche Präsidiales, Immobilien, Planen und Bauen, Werke, Sicherheit sowie Schule und Jugend gehören. Dass man sich nicht falsch verstehe: Es handle sich da um den Vergleich zwischen Rechnung und Budget 2014. Es sei kein Vergleich mit dem Vorjahr. Dieser Vergleich sähe ein wenig anders aus.

Ein Aspekt solle bei der Behandlung des Rechnungsabschlusses nicht unerwähnt bleiben: Es gehe um eine Feststellung resp. Anmerkung der Revisionsstelle BDO, welche die Rechnung geprüft habe. Das Fazit, welches die BDO-Prüfer gezogen hätten, sei durchaus positiv ausgefallen. Das lasse sich daran erkennen, dass die Liste der Feststellungen und Verbesserungsvorschläge der BDO dank den Massnahmen, welche die Abteilung Finanzen ergriffe

habe, massiv kürzer geworden sei. Die Anregungen im Revisionsbericht 2014 seien im Wesentlichen bereits umgesetzt, was belege, wie konstruktiv und effizient die Finanzabteilung arbeite. Das dürfe ruhig auch einmal erwähnt werden.

Lassen sie mich noch einmal auf das Thema zurückkommen, welches bereits vor einem Jahr aufgegriffen worden sei. Und zwar gehe es darum, dass verschiedene Versionen des städtischen Rechnungsabschlusses erstellt würden. Die Mitglieder der GRPK würden eine ausführliche Version mit allen Detailangaben, die übrigen Gemeinderatsmitglieder aber eine reduzierte Version erhalten, in der die Abteilungen, welche unter der Bezeichnung FLAG laufen - Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget -, ohne detaillierte Zahlen erscheinen. Es sei dem Stadtrat bewusst, dass es innerhalb der Fraktionen schwierig sei, miteinander zu diskutieren, wenn die Vertreter der GRPK über viel mehr Detailangaben verfügen würden als die Nicht-GRPK-Mitglieder. Diese Diskrepanz solle oder werde dann verschwinden, wenn sämtliche städtische Abteilungen das Konzept FLAG übernommen hätten und anwendeten. Zu diesem Zeitpunkt werde – falls der Gemeinderat dann das auch so akzeptiere - nur noch die gelbe Version „Rechnung mit Leistungsberichten Globalkredite“ in Umlauf gebracht. Möglicherweise münde aber das Ganze noch in einer Grundsatzdiskussion, ob das Konzept FLAG weiterbestehen und auf die ganze Verwaltung bezogen werden soll, oder ob man zum alten, bisherigen Konzept zurückkehren wolle und FLAG wieder abschaffe. Das so viel zum aktuellen Stand der Diskussion.

Abschliessend noch einen Blick in die Gegenwart und die Zukunft: Gesamtwirtschaftlich befänden sie sich in einer anspruchsvollen Zeit. Das betreffe nicht nur die Loslösung von einer fixen Franken-Euro-Relation, sondern generell die konjunkturell unsichere Phase, welche zurzeit herrsche. Die Stadt werde mit Wegzügen von etablierten Unternehmen konfrontiert, wie sie das bereits erlebt hätten. Wenn der Stadtrat die Entwicklung nicht einfach hinnehmen wolle, heisse das Gebot: aktive Standortförderung betreiben und Unternehmen die Möglichkeiten zum Expandieren bieten, und zwar hier in Wädenswil. Darum sei das Projekt Rütihof viel mehr als ein Nice-to-have. Es sei wegweisend für die weitere Entwicklung der Stadt; beschäftigungsmässig, steuermässig und imagemässig. Und im Sinn von Transparenz sei auch erwähnt, dass man sich in einer steuermässig äusserst herausfordernden Zeit befände und bislang in diesem Jahr sowohl bei der Quellensteuer wie auch bei der Grundstückgewinnsteuer um einiges hinter den budgetierten Werten läge. Zudem sei ein grösserer Fall im Steuerbereich pendent, bei dem der Ausgang zeitlich und betragsmässig völlig offen sei, weil ein Rekursverfahren gegen den Steuerentscheid der Stadt am Laufen sei.

Nicht alleine aus diesen Gründen, sondern ganz generell habe sich der Stadtrat zusammen mit den leitenden Angestellten der Stadt im Mai im Rahmen einer Klausur intensiv mit dem Thema „gesunder Finanzhaushalt“ befasst. Diskutiert worden seien mögliche Massnahmen und das weitere Vorgehen in dieser Sache. In Kürze würden zuhanden des Budgetprozesses konkrete Sparmöglichkeiten präsentiert und diskutiert. Das wäre es soweit von seiner Seite. Der Stadtrat melde sich in der Detailberatung - je nach Bedarf - nochmals zu Wort.

Abschliessend wolle er den Gemeinderat im Namen der Abteilung Finanzen und des gesamten Stadtrats bitten, nach der Detailberatung der vorliegenden Rechnung zuzustimmen, inklusive den FLAG-Projekten.

Gemeinderatspräsident Erich Schärer erklärt, wie das weitere Vorgehen sei. Man gehe wie üblich aufgrund des gelben Buches die Abteilungen durchgehen. Anschliessend würden nach der Investitionsrechnung die verschiedenen Bau- und Kreditabrechnungen behandelt. Danach nehme man die Schlussabstimmung über die Kreditabrechnungen vor und zum Schluss erfolge die Schlussabstimmung zur Rechnung 2014.

Zur laufenden Rechnung der einzelnen Abteilungen und gleichzeitig die FLAG-Teilprojekte (gelbe Ausgabe)

Präsidiales, S. 6 -15

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, teilt mit, dass die Abweichungen der Rechnung 2014 zum Voranschlag 2014 der Abteilung Präsidiales sich im normalen Rahmen bewegen würden und es daher nicht viel zu diskutieren gebe. Auf drei Punkte wolle sie näher eingehen:

Beim Konto „Bildungs- und Forschungsstadt“ sei das Budget nicht ausgeschöpft worden. Dies nicht, weil das Projekt „Wädi is(s)t gesund“ nicht gemacht worden sei, sondern weil es sich verzögere und die GEWA weniger gekostet habe, als erwartet. Das Projekt „Wädi is(s)t gesund“ komme aber noch, damit die Wädenswiler ihr Wissen im Bereich Ernährung aktualisieren könnten - mehr Kopf und weniger Bauch.

Das Konto Leistungen Dritter, bei welchem die Frankaturen abgerechnet würden, sei nun in Ordnung und es würden keine so grossen Abweichungen mehr vorkommen. Es sei nun allen klar, welche Folgen der Bundesgerichtsentscheid habe und darum werde der Posten in Zukunft korrekt budgetiert. Das freue sie.

Bei der Bibliothek sei nun auch Ruhe eingeleitet, so dass die Personalkosten, welche viel höher ausgefallen seien als budgetiert, das nächste Mal im Budgetrahmen bleiben würden.

Finanzen, S. 16 -21

Globalkredit Immobilien S. 87 - 90

Mitglied der GRPK, Jonas Rickli, GLP, führt aus, dass Christoph Lehmann und er am 12. Mai 2015 die Abteilung Finanzen und die Immobilien geprüft hätten. Sie seien von Peter Schuppli, Ralph Ruoss und Peter Nef empfangen worden. Er danke ihnen, dass sie ihnen die Rechnung so genau erklärt hätten. Man habe einen Ertrag, der CHF 16.7 Mio. tiefer gewesen sei als im Vorjahr. Es gebe drei Hauptgründe: Erstens seien die ordentlichen Steuern II tiefer ausgefallen als im Vorjahr budgetiert. Als zweites seien die Grundstückgewinnsteuern tiefer gewesen, Zahlen dazu habe man bereits gehört. Der dritte Grund sei der tiefere Finanzausgleich. Bei diesen Zahlen müsse man sagen, dass diese sehr schwierig zu budgetieren seien und dass es hier normale Schwankungen gebe. Wenn man bei den Grundstückgewinnsteuern den langjährigen Vergleich anstellen wolle, seien sie eigentlich immer so zwischen CHF 6 Mio. und CHF 8 Mio. gewesen. Jetzt sei man mit CHF 6.8 Mio. eher im tieferen Bereich. In den Jahren 2013 und 2009 habe man Spitzenjahre gehabt. Das Aufeinandertreffen von sehr guten Jahren mit Ausreissern nach oben und jetzt mit Ausreisser nach unten; dies sei eigentlich der Hauptgrund für diese jetzt in diesem Jahr schlechten Zahlen. Hier

könne niemand etwas dafür. Es sei einfach Schicksal gewesen. Mehrere Ereignisse seien zusammengekommen, wie zum Beispiel der Rechtsstreit, welcher noch hängig sei und alles Mögliche. Es sei relativ viel Zufall dabei. Er denke, es sei einfach falsch, wenn man jetzt die Zahlen des Jahres 2014 nehme und sage, ihnen gehe es schlecht und mies und es werde so weitergehen. Im 2013 habe es gegen oben Abweichungen gegeben und jetzt halt etwas nach unten. Es gleiche sich aus und man solle nun nicht den Teufel an die Wand malen. Aus ihrer Sicht wäre es falsch, wenn man nun Panik verfallt und bereits von Mehreinnahmen und Steuererhöhungen reden würde, sondern man müsse das als schlechtes Einnahmehjahr hinnehmen und langfristig nach vorne schauen. Er danke nochmals allen, vor allem Ralph Ruoss, Peter Nef und Peter Schuppli sowie dem ganzen Team. Sie hätten das in ihren Augen sehr gut gemacht.

Planen und Bauen, S. 22 -26

Globalkredit Planen und Bauen, S. 91 - 97

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, sagt, dass er zusammen mit Rita Hug am 13. Mai 2015 die Abteilung Planen und Bauen besucht habe. Bei dieser Gelegenheit hätten sie die neue Leiterin Planen und Bauen, Frau Newnam, kennen lernen dürfen. Frau Newnam sei seit dem 1. Mai 2015 im Amt und mit ihr habe die seit längerem offene Stelle besetzt werden können.

Sie wollen an dieser Stelle den Mitarbeitenden der Abteilung Planen und Bauen für die geleisteten Überstunden und Sondereinsätze danken, damit die vorgegebenen Termine trotz der Vakanz eingehalten werden konnten. Nur die Arealentwicklungen Gwad Nord, Weinrebe und Seegüetli hätten nicht wie geplant vorangetrieben werden können.

Bekanntlich habe sich die Stadt für eine Mittelschule mit Standort Au-Parc beworben. Gemäss Aussagen der Baudirektion des Kantons Zürich solle der Standortentscheid des Regierungsrats voraussichtlich im 1. Quartal 2016 erfolgen.

Erwähnenswert sei der im Geschäftsbericht erwähnte relativ hohe Leerwohnungsbestand von 167 Einheiten. Da zum Zeitpunkt der Erhebung ca. 80 Wohnungen infolge Renovation nicht bewohnt gewesen seien, läge der Leerwohnungsbestand weit über dem normalen Mass von ca. 80 Wohnungen. Die Abteilung Planen und Bauen gehe davon aus, dass sich der Leerwohnungsbestand wieder bei den rund 80 Wohnungen einpendeln werde.

Die Rechnung der Abteilung Planen und Bauen schliesse mit einem Nettoaufwand von CHF 6.2 Mio. um CHF 800'000.-- besser ab als budgetiert und die einzelnen Positionen lägen somit im Rahmen der Erwartungen.

Mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) sei ein neuer Vertrag ausgehandelt worden. Mit dem neuen Vertrag vergüte die APG eine jährliche Pauschale von CHF 20'000.--. Dafür würden kostenpflichtige Leistungen wie z.B. die Kulturplakatierung und die stadt-eigene Plakatierung in Buswartehäuschen nicht mehr separat verrechnet. Er wolle noch etwas zu den Kanälen sagen. Bei den Kanälen resultiere ein um CHF 370'000.-- schlechteres Resultat als budgetiert. Dies weil Hochwasserschäden beim Schlossbach und Töbelibach umgehend

hätten eliminiert werden müssen. Zudem sei die Kanalreinigung inkl. Inspektion (Kanalfernsehen) für die Zustandsbeurteilung der Hausanschlüsse aufwändiger geworden, da diese neu bis vor das Haus gemacht werden müssen und nicht mehr nur bis zum Schacht in der Strasse. Zu reden gegeben hätten Massnahmen für die behindertengerechte Erschliessung der Bushaltestellen, die aus Kostengründen auf zukünftige Jahre verschoben worden seien. Mit Beschluss Nr. 56 vom 18. Februar 2015 habe der Stadtrat nun aber beschlossen, bis ins Jahr 2023 CHF 3.5 Mio. in die behindertengerechte Erschliessung aller Bushaltestellen zu investieren. Dies solle in drei Etappen realisiert werden.

Die gekürzten Mittel für den baulichen Unterhalt der Strassen und Plätze könnten mittelfristig zu grösseren Rissen und Schlaglöchern in den Gemeindestrassen führen und die politische Zielsetzung für einen tadellosen Unterhalt könnte längerfristig nicht mehr erfüllt werden.

Werke, S. 27

Globalkredit Werke S. 97 - 105

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, führt aus, dass er am 11. Mai 2015 zusammen mit Walter Münch die Abteilung Werke besucht habe. Er danke Ernst Brupbacher, Monika Salzmann und Herr Baumbach für die Beantwortung der Fragen. Im Weiteren wolle er auf zwei Punkte kurz eingehen: Einerseits habe man seit Jahren gesehen, dass insbesondere bei der Gasversorgung im Spezialfinanzierungskonto immer mehr Geld sei. Dies habe dieses Jahr abgebaut werden können von CHF 6.4 Mio. auf CHF 5.3 Mio. Die dafür verantwortliche Gebührensenkung habe sicherlich auch dazu beigetragen. Andererseits müsse leider das sehr ambitionierte Ziel in den nächsten Jahren, das Energiestadt Gold-Label zu erreichen, aufgegeben bzw. verschoben werden. Er hoffe, dass der Stadtrat trotzdem weiterhin das Beste tue, um die Umweltbilanz von Wädenswil zu verbessern.

Sicherheit, S. 28 - 31

Globalkredit Sicherheit S. 105 - 106

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, teilt mit, dass er am 5. Mai 2015 zusammen mit Jonas Rickli die Abteilung Sicherheit und Gesundheit besucht habe. Jonas Erni, Stadtrat Sicherheit und Gesundheit, und Sebastian Epp, Leiter Sicherheit und Gesundheit seit dem 1. Mai 2015, hätten sie herzlich empfangen und alle ihre Fragen beantwortet. Er bedanke sich dafür herzlich. Die Abteilung Sicherheit habe positiv abgeschlossen. Budgetiert seien CHF 2.1 Mio. gewesen, abgeschlossen wurde mit CHF 1.7 Mio. Nettoaufwand.

Hervorheben möchte er zwei wichtige Sachen. Seit einem Jahr sei die Sicherheitsabteilung mit 20 Mitarbeitenden komplett. Das hätte sie sehr gefreut. Sie würden hoffen, dass das auch so beibehalten werden könne. Zweitens hätten gemäss polizeilicher Kriminalstatistik 2014 des Kantons Zürich die Straftaten in Wädenswil um 15% abgenommen. Zur Reduktion respektive positiven Entwicklung habe die SIP (Sicherheit Intervention Prävention) durch ihre Präsenz an neuralgischen Punkte wie Rosenmatt, Bahnhof und Seeplatz beigetragen.

Schule und Jugend, S. 32 -28
Globalkredit Freizeitanlage S. 107 -108

Mitglied der GRPK, Rita Hug, GP, sagt, dass sie und Christian Gross am 12. Mai 2015 die Abteilung Schule und Jugend besuchen durften. Sie würden sich herzlich bei Stadtrat Johannes Zollinger, Herr Wetzstein, Leiter Finanzen, und Frau Sontheim, Leiterin Primarschule, für das konstruktive Gespräch bedanken.

Die Abteilung Schule und Jugend schliesse gegenüber dem Voranschlag 2014 wieder positiv ab. Es gelinge ihr noch einmal innerhalb des Budgets zu bleiben. Das sei sicher nicht einfach gewesen. Bei über 1'500 Schülerinnen und Schülern und Kindergärtner, die einen berechtigten Anspruch auf eine gute Schulbildung hätten, bei ebenso vielen Elternpaaren, die Ansprüche auf Sonderleistungen und Betreuung für ihre Kinder hätten und bei Lehrkräften, die moderne, zeitgemässe Arbeitsbedingungen erwarten würden, sei das eine Meisterleistung. Die letztgenannten, nämlich die Lehrer, hätten bei einer kürzlich durchgeführten Mitarbeiterumfrage bestätigt, dass sie gerne in Wädenswil unterrichten und sie sich unterstützt und getragen fühlen würden. Gute Arbeitsbedingungen würden gute Lehrkräfte generieren, was dann auch wieder die Eltern der Schulkinder zufrieden stellen würde. Sie würden nämlich nur das Beste für ihre Kinder wollen und ein gutes Schulklima sei ihnen etwas wert. Somit seien sie wieder bei den Schülerinnen und Schülern, die mit einem vollgepackten Rucksack, den sie an der Wädenswiler Primarschule bekämen, gut vorbereitet in die höheren Klassen entlassen würden und später in der Berufswelt bestehen könnten. Eine gut funktionierende Schule sei eine Visitenkarte für Wädenswil.

Erwähnen wolle sie auch die Jugendarbeit, die die Jugendlichen in der Freizeit unterstütze und immer da sei, wenn sie gebraucht werde. Dies sei eine unglaublich wichtige Arbeit, die die Eltern und Schulen entlasten würden und generationenübergreifend zu einem guten Zusammenleben beitragen würden. Mit der Freizeitanlage sowie der Musikschule gebe es noch zwei weitere Player, die in der Stadt die wichtigen, sozialen und kulturellen Funktionen übernähmen. In diesem Sinne danke sie allen ganz herzlich für die wertvolle Arbeit.

Soziales, S. 39 -45
Globalkredit Soziales S. 109 - 112
Globalkredit Alterszentrum Frohmatt, S. 114 -120

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, führt aus, dass er zusammen mit Bea Gmür die Abteilung Soziales und das Alterszentrum Frohmatt besucht habe. Sie würden sich für die kooperative und offene Zusammenarbeit und für die Beantwortung der Fragen während der Besuchswoche bedanken. Einen speziellen Dank wolle er der Stadträtin Astrid Furrer sowie den beiden Abteilungsleitern Markus Morger und Cristian Rentsch - er sitze hier im Publikum - übermitteln. Für Details dieser Arbeit verweise er auf den Bericht und Antrag auf den Seiten 8 und 9.

Die Abteilung Soziales ohne Frohmatt weise einen Nettoaufwand von CHF 18.9 Mio. aus. Das seien CHF 286'000.-- mehr als im Voranschlag und rund CHF 1 Mio. mehr als im Vorjahr.

Als stark wachsend seien wiederum die Sozialversicherungen zu bezeichnen. Diese seien um CHF 1.08 Mio. grösser geworden. Die Dienststelle sei mitarbeitermässig überbelastet, weshalb der Stadtrat eine 50%-Stelle - befristet für ein Jahr – bewilligt habe. Die Stellenbesetzung sei per 1. Juni 2015 umgesetzt worden. Die Gründe für den starken Anstieg seien unverändert: Längere Lebenserwartung, steigende Kosten und gesetzliche nicht beeinflussbare Leistungen.

In den Jahren vor 2014 sei es der Abteilung Soziales gelungen, das Fallvolumen in der Wirtschaftlichen Sozialhilfe entgegen dem Schweizer Trend zu reduzieren. Seit 2014 weise Wädenswil jetzt auch wachsende Nettoausgaben aus: Die Fallzahlen hätten von 689 auf 757 oder um 68 Fälle zugenommen. Alleine die Wirtschaftliche Hilfe nach Sozialhilfegesetz verzeichne 42 Fälle mehr. Zum einen seien die schnelleren Asylverfahren verantwortlich, denn Personen, welche mit Ausweis B oder F eine Flüchtlingsanerkennung erhielten, würden früher im Rahmen der Sozialhilfe unterstützt. Zum anderen habe man – wie vorher gehört - eine längere Lebenserwartung und steigende Kosten für Mieten und Betreuung. Wenn man die neuen Statistiken, welche mit dem KLIB net erhoben würden, interpretiere, könne man feststellen, dass dieser Trend nach oben weiter zunehmen werde. Er verweise auf die Zahlen des Intakes auf der Seite 172 im Geschäftsbericht. Einsparungen oder kleinere Ausgaben seien bei der Alimentenbevorschussung, bei den Beiträgen und beim Sozialen Netz Horgen (SNH) realisiert worden. Die Zusammenarbeit mit dem SNH funktioniere gut. Die Mandatszentren träfen sich regelmässig zu Sitzungen und würden Fragen/Pendenzen klären und bereinigen.

Zur Frohmatt: Anstelle eines Aufwandüberschusses von CHF 1.5 Mio. weise die Rechnung ein Minus von CHF 3.7 Mio. aus. Das seien CHF 2.2 Mio. mehr als geplant. Für dieses Ergebnis gäbe es verschiedene Ursachen. So würden die baulichen Verzögerungen einen massgeblichen Teil zum Fehlbetrag beitragen: Zimmer seien zwar ab Januar geplant gewesen, aber erst im März/April zur Verfügung gestanden. Die Taxerhöhung sei auf den Juli geplant gewesen; umgesetzt sei sie aber erst im September worden. Das habe Mindereinnahmen von CHF 860'000.-- ergeben.

Wegen den betrieblichen Veränderungen (Einführung neues Betriebskonzept und Rechnungslegung nach Curaviva-Richtlinien) seien Mehrkosten in Ausbildung, Verwaltung, Informatik und Software entstanden.

Der Stellenetat habe um 6.3 auf 137.8 Stellen zugenommen. Eine grobe Übersicht über die Mehrkosten beim Personalaufwand gebe die Aufstellung auf Seite 118 im gelben oder Seite 222 im blauen Buch. Personalrekrutierung, krankheitsbedingte Absenzen, vorübergehende Doppelbesetzungen oder Bausekretariat ergäben in der Summe CHF 783'000.--. Zum Beispiel hätten 1'192 krankheitsbedingte Personalausfalltage teure, temporäre Lösungen produziert. Diese Ausfälle würden mit CHF 180'000.-- angegeben und könnten nicht auf eine Krankentaggeldversicherung abgewälzt werden. Hier solle der Stadtrat unbedingt die Notwendigkeit, Pro und Contra, einer solchen Versicherung anschauen. Die Personalfluktuationsliege bei 10.7% und sei höher als erwartet gewesen. Sicher könne man einen grossen Teil der Fluktuationen auf den Umbau, wie auch auf die hohen Anforderungen an Pflege und Betreuung zuschreiben.

Im Budget seien die Sachaufwände aufgrund des Spardrucks zwar tiefer gehalten worden. Sie seien dann aber in der Rechnung trotzdem bei den meisten Konten höher ausgefallen. Nicht budgetierte Renovationen im Haus Berg, Wartungsverträge für Lift, automatische Türen usw. aber auch diverse Neuanschaffungen, welche nicht im Investitionskredit unter Ausstattungen enthalten seien, seien dann in der Rechnung abgerechnet worden. Sie von der GRPK würden in ihrem Bericht und Antrag auf der Seite 15 speziell auf diesen Umstand hinweisen. Auch wenn es bei diesen Zahlen um Menschen, Gefühle und sich Wohlfühlen gehe, die Frohmatt sei immer noch ein Teil der Stadt und müsse sich dem Diktat „Sparen“ einfügen. Er wünsche allen Budgetverantwortlichen viele kreative Ideen für das Erstellen des Budgets 2016.

Gesundheit, S. 46 - 49

Globalkredit Bäder S. 120 -121

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, sagt, dass sie am gleichen Tag wie die Sicherheit auch die Gesundheit besucht hätten. Budgetiert seien CHF 6.7 Mio. worden; der Nettoaufwand betrage CHF 7.3 Mio. Die Budgetabweichung sei auf die höheren Pflegebeiträgen zurückzuführen. Weiterhin sei es sehr schwierig aufgrund von Vorjahreserfahrungen zu budgetieren. Auch wegen der zukünftigen demographischen Entwicklung sei es höchst ungewiss mit welchen Kosten sie in den weiteren Jahren rechnen müssen.

Zur Investitionsrechnung, S. 51 - 77

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, teilt mit, dass die Investitionen in das Verwaltungsvermögen im Rahmen des Budgets erfolgt seien. Zwar seien die Ausgaben und die Einnahmen höher, aber die Abschreibungen lägen etwas tiefer. Es sei alles im grünen Bereich. Die Investitionen in das Finanzvermögen seien gegenüber der Rechnung tiefer, aber im Rahmen geblieben. Die Aufstellung auf der Seite 11 des Bericht und Antrags zeige die Reihenfolge der Abteilungen, d.h. wer am meisten ausgegeben habe, und zwar in Franken, und welches der grösste Ausgabenposten innerhalb der Abteilungen gewesen sei.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli, führt aus, dass zur Empfehlung der GRPK, einer aktiveren Bewirtschaftung von Stiftungen, Legat und Fonds zu betreiben, anzufügen sei, dass die speziellen Fonds ihre eignen und klaren Bedingungen und Vorgabe hätten, was die Mittelverwendung anbelange. Die Stadt sei da nicht völlig frei, auf das - von der GRPK als ungenutzt bezeichnete - Kapital zuzugreifen. Auch die Stadt habe sich an die in den jeweiligen Statuten festgeschriebene Verwendung dieser Gelder zu halten. Der Stadtrat könne jedoch dann Gelder sprechen, wenn das den Statuten entspreche. Er werde das in Zukunft vermehrt so machen. Die Anregung der GRPK sei aufgenommen worden und der Stadtrat versuche aktiver auf die Gelder einzuwirken. Was die Verzinsung des Kapitals anbelange, richte sich die Stadt nach dem gemeindeinternen Zinssatz, welcher sich wiederum an den Referenzzinssatz des Bundes anlehne. Die Festlegung dieses Satzes durch die Stadt erfolge im Zeitpunkt des Stadtratsbeschlusses über die Budgetrichtlinie jeweils im August. Für 2014 habe der Satz zu diesem Zeitpunkt 2.25% betragen, für 2015 sei er auf 2.0% festgelegt worden. Aus heutiger Sicht könne der Satz 2016 noch einmal um einen Viertelprozentpunkt oder unter Umständen noch mehr sinken.

Abrechnung Politisches Gemeingut (Bau- und Kreditabrechnungen), S. 80 - 85

Gemeinderatspräsident Erich Schärer führt aus, dass die GRPK dem Gemeinderat die Abnahmen der folgenden Bau- und Kreditabrechnungen beantrage:

- Neubau Feuerwehrlokal Seestrasse
- Ausbau Bahnhof Wädenswil mit integriertem Velohaus
- Bau und Betrieb Wärmeverbund Untermosen-Frohmann
- Ersatz Autodrehleiter; Feuerwehr
- Oberstufenschulhaus Steinacher; Erweiterung und Anbau Lehrerarbeitsräume
- Investitionsbeitrag Umbau Theater Ticino

Schlussabstimmung über die sechs Bau- und Kreditabrechnungen:

Der Rat verabschiedet die Bau- und Kreditabrechnungen einstimmig.

Schlussabstimmung über die Rechnung 2014:

Der Rat verabschiedet die Jahresrechnung 2014, die Sonderrechnungen und die Globalkredite mit Leistungsberichten der FLAG-Bereiche 2014 einstimmig.

16.04.33

7. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2014

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

(keine Wortmeldungen)

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt der Abnahme des Geschäftsbericht 2014 einstimmig zu.

28.03.15

8. Weisung 4, vom 19. Januar 2015, betreffend Sportbauten Untermosen, Einbau einer Photovoltaikanlage, Kredit

Eintreten:

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, teilt mit, dass die Weisung 4, welche der Stadtrat am 19. Januar 2015 verabschiedet und am 4. Mai 2015 in der GRPK vorgestellt habe, wie folgt laute:

1. Für den Einbau einer Photovoltaikanlage auf den Sportbauten Untermosen wird zu Lasten des Verwaltungsvermögens ein Kredit von CHF 750'000.-- bewilligt.
2. Die Kreditsumme erhöht oder ermässigt sich entsprechend der Baukosten-Entwicklung zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Stand April 2014) und der Bauausführung.

3. Kenntnisnahme, dass der Beschluss dem fakultativen Referendum untersteht.

Die Ausgangslage präsentiere sich wie folgt: Die Sportbauten Untermosen seien nach der Kläranlage der zweitgrösste Energieverbraucher. Seit 2012 seien bereits CHF 2.7 Mio. für Teilsanierungen investiert worden und es folgten weitere CHF 2.9 Mio. im 2015/2016. Total also voraussichtlich CHF 5.6 Mio. Nach Abschluss aller Arbeiten werde der Energieverbrauch noch ca. 30% gegenüber der Erstellungszeit in den 70er-Jahren sein.

Die geplante Photovoltaikanlage, kurz PVA, sei ein massgeblicher Teil des „Masterplans Energie 2020“, welche als Basis für die Re-Zertifizierung als Energiestadt diene. Die Eignung der Dächer für eine Photovoltaikanlage mit Ost-West-Ausrichtung stehe ausser Frage. Die mögliche Variante, auch die Fassade mit PV Paneelen zu bestücken, sei aufgrund des schlechten Aufwand-Ertrag Verhältnisses als „nice to have“ taxiert und von der GRPK verworfen worden. Die Rentabilitätsberechnungen seien gemacht worden und wiesen aus, dass die Photovoltaikanlage bei einer 100%-igen Eigenstromnutzung in 14 - 19 Jahren amortisiert sein sollte. In diesen Berechnungen seien keine Kosten für Unterhalt, Reparaturen und Ersatzteile enthalten. Wenn nun die Umsetzung der Photovoltaikanlage zeitgleich mit der Sanierung des Sportbaus vorgenommen werden könne, brauche es kein zusätzliches Gerüst und es würden somit keine Zusatzkosten entstehen. Nebst diesen Punkten sei eine Vielzahl von Fragen besprochen und geklärt worden. Das habe dann auch die grosse Mehrheit der GRPK bewogen, der vom Stadtrat favorisierten Variante A zuzustimmen. Daneben empfehle die GRPK bei allen städtischen Immobilien generell eine jährliche Kontrolle inkl. Unterhaltsarbeiten sowie eine Sichtkontrolle der Photovoltaikanlage vorzunehmen.

Walter Münch, FDP, teilt mit, dass aufgrund der angespannten Finanzlage und dem hohen Investitionsvolumen der nächsten Jahre sich die FDP-Fraktion eingehend mit dieser Weisung auseinandergesetzt habe. Das wichtigste Argument für die Installation einer Photovoltaikanlage auf den Sportbauten Untermosen sei aus ihrer Sicht, dass der produzierte Strom grösstenteils vor Ort konsumiert werden könne. Somit könnten die Kosten für den Stromerwerb, insbesondere für die Netzenutzung, massiv reduziert werden. Es gebe in Wädenswil nur wenige Gebäude der öffentlichen Hand, die so gute Voraussetzungen für die Installation einer Photovoltaikanlage böten wie der Gebäudekomplex Untermosen. Da der erzeugte Strom vor Ort konsumiert werden könne, sei aus ihrer Sicht eine Contractor-Lösung, also die Vermietung des Dachs an Dritte, nicht wirklich attraktiv. Diese Investition sei aus ihrer Sicht sinnvoll. Sie habe eine gute Rentabilität und entlaste mittelfristig auch die laufende Rechnung der Stadt. Diese Investition solle den Steuerzahler gemäss den vorliegenden Berechnungen keinen Rappen kosten. Zudem komme die Stadt Wädenswil dem Energiestadt-Label einen grossen Schritt näher; und das ohne Steuergelder. Wenn die Stadt diese PV-Anlage baue, könne sie anschliessend die Minergie-Zertifizierung beantragen. Zusammen mit all den Sanierungen, welche in den letzten Jahren im Untermosen gemacht worden seien, wie z.B. Holzschindelheizung, Abwasser-Wärmepumpe, Lüftungsanlagen, LED-Beleuchtungen etc., könne die Stadt rund CHF 100'000.-- aus dem Förderprogramm ‚MINERGIE-Bauvorhaben‘ beantragen. Auch solle aus ihrer Sicht die Installation der Photovoltaikanlage zusammen mit den geplanten Sanierungen der Sportanlagen ausgeführt werden, um zusätzliche Kosten zu vermeiden.

Die FDP-Fraktion sei für das Eintreten auf die Weisung und unterstütze den Antrag der Mehrheit der GRPK, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen und die favorisierte Variante A zu realisieren.

Jonas Rickli, GLP, führt aus, dass sich die GLP intensiv mit der Weisung 4 befasst habe. Man sehe, dass der nördliche Nachbar Deutschland heute 5.7% des Stroms aus Photovoltaik produziere. Das Bundesland Bayern sogar 12%. Die Schweiz sei bei 1.2%. Wädenswil sei nicht einmal im Durchschnitt. In Wädenswil würden nämlich nur 0.052 kW pro Einwohner produziert, während dem der schweizerische Durchschnitt 0.09 kW pro Einwohner betrage. Wädenswil sei somit in der Hälfte des schweizerischen Durchschnitts. Sie wüssten es alle, im Zürichsee-Center habe es eine sehr grosse Anlage von 2'600 m², die im Untermosen werde rund 1'800 m² gross sein. Aufgrund dieser Situation - wie es Walter Münch gut geschildert habe - guter Standort, gute Rentabilität, Nutzung direkt am Standort ergebe sich eine sehr gute Rentabilität, weil das Netz in diesem Sinne nicht gebraucht werde respektive die Vergütung des EKZ sehr gut sei.

Darum sei die GLP ganz klar für das Eintreten und für die Annahme der Weisung 4. Auch die GLP sei für die Variante A mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach. Die Varianten mit der zusätzlichen Photovoltaikanlage in der Fassade seien zwar interessant und sicher sehr attraktiv für das Hallenbadgebäude. Wenn man jedoch das Kosten-/Nutzenverhältnis anschau, sei es jedoch sehr fraglich. In Wädenswil müsse man nun sehr knapp durch und die GLP schau auch darauf, dass die Finanzen nicht aus dem Lot geraten würden. Deshalb seien sie auch nicht für die Rolls-Rayce-Variante. Die GLP befürworte ebenfalls, dass weitere gute Standorte geprüft werden und stimme der Variante A zu.

Rita Hug, GP, führt aus, dass die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Sportanlage Untermosen ein ökologisch hervorragendes und rentables Projekt für die Stadt Wädenswil sei. Die kritischen Punkte, welche man im einten Fraktionsbericht am Samstag in der Zürichsee-Zeitung lesen konnte, seien ihnen absolut unverständlich.

Zum Argument - Die Kreditbewilligung gleiche einer Hauruck-Übung:

Der Kostenvoranschlag sei im Herbst 2014 erstellt worden. Der Kredit sei im Dezember 2014 erstmals im Stadtrat behandelt und am 19. Januar 2015 zuhanden des Parlaments bewilligt und verabschiedet worden. Bei einer sechsmonatigen "Bedenkzeit" könne man kaum von einer Hauruckübung sprechen.

Zum Argument - Der Kostenvoranschlag sei unsicher und könne kaum eingehalten werden:

Die Kostenermittlung für den Kostenvoranschlag sei wie bei allen Bauvorhaben auf der Basis von vergleichbaren Bauvorhaben mit Vorofferten von Unternehmern ermittelt worden. Für die Photovoltaikanlage auf den Sportbauten Untermosen lägen für 90% der Kreditsumme definitive Offerten oder Vorofferten vor. Für den Hauptauftrag müsse entsprechend den städtischen Submissionsbedingungen nach der Kreditsprechung durch den Gemeinderat ein Unternehmerwettbewerb schweizweit im offenen Verfahren durchgeführt werden. Vom gesamten Anlagepreis müsse Material von ca. 30% im Euro-Raum beschafft werden. Da seit der Erstellung des Kostenvoranschlags im Herbst 2014 und im Sommer 2015 mit der Frankenfreigabe günstiger im Euroraum eingekauft werden könne, werde sich dies preissenkend auswirken.

Diese Photovoltaikanlage sei eine einmalige Chance, ein Zeichen als Energiestadt zu setzen. Die laufende Rechnung der Sportbauten könne langfristig entlastet werden, ohne dass die Verschuldung der Stadt Wädenswil grösser werde.

Sie müsse sich wirklich fragen, wenn nicht jetzt, wann dann? Es sei jetzt der perfekte Moment, von der Sonnenkraft Gebrauch zu machen und Energien zu nutzen, die ihnen regelrecht in den Schoss falle.

Beatrice Gmür, SP, teilt mit, dass Peter Schuppli gesagt habe, dass finanzpolitisch schlechtes Wetter komme. Zum Glück scheine die Sonne jedoch trotzdem. Sie gehe mit ihren Vorrednerinnen und Vorrednern einig, dass es sich lohne, die Photovoltaikanlage zu bauen. Was brauche es, dass eine Photovoltaikanlage erfolgreich sei? Man brauche ein geeignetes Dach – die Fakten habe man bereits gehört - das sei vorhanden. Es brauche einen Stromabnehmer, das seien sie selber. Sie könnten den ganzen Strom, der produziert werde, selber verwenden. Zudem brauche es Geld. Da der Teilverbrauch einen Minderaufwand auch aus den Stromkosten resultiere, brauche man in diesem Sinne kein Kapital, die Investition belaste den Finanzhaushalt nicht. Dies sei eigentlich ein seltener Glücksfall. Die Erfolgskriterien seien eigentlich erfüllt. Die Photovoltaikanlage zeige die Strategie zur Energiewende. Die Energiewende wolle die Lebensqualität in dem Sinne erhöhen, dass es ein ökologisches Projekt sei, welches die Umwelt weniger belaste mit CO₂ Ausstoss. In diesem Sinne verbessere das ihre Lebensqualität, wenn jetzt nachhaltig in das Projekt investiert werde. Es sei aber auch wichtig, dass die Stadt als Vorbild für die Bürger diene. Sie hätten es vorher gehört, sie seien nicht wahnsinnige Meister mit vielen Solardächern. Wenn die Stadt ein grosses Projekt mache, habe das auch Signalwirkungen auf die Privaten und das Gewerbe. Für die Stadtverwaltung gebe es bei dieser Technologie einen Aufbau bzw. Ausbau von Know-how. Von diesem würden dann die Bürger oder Gewerbler profitieren, die mit Anliegen und Bauvorhaben zur Stadtverwaltung kämen. In diesem Sinne sei die SP-Fraktion klar für das Projekt und auch für die Variante A.

Christoph Lehmann, SVP, führt aus, dass sie das Grundprinzip „Ertrag, Rentabilität, Amortisation“ für diese Eigennutzung in Ordnung fänden, aber erfahrungsgemäss sei die Umsetzung vom Plan zum Objekt eine andere. Deshalb seien sie von der SVP geschlossen gegen die Weisung 4, dies vielleicht im Nachhinein.

Die per 19. Januar 2015 datierte Weisung sei der GRPK am 4. Mai 2015 präsentiert worden und stehe heute zur Debatte im Gemeinderat. Sie empfänden das als Hauruckübung, welche unter Zeitdruck - und mit Argumenten wie Umbau, es stehe bereits ein Gerüst, welches nicht mehr gestellt werden müsste - verkauft worden sei.

Seit längerem sei klar, dass man die Sportbauten umbauere, dass ein Gerüst stehe etc. Sie seien der Meinung, dass die geplanten CHF 750'000.-- eine grobe Kostenschätzung sei, welche bei der Art und Weise des Geschäftes schon um 10% abweichen könnte. Dann habe man aber CHF 825'000.--. Wie würde die Rentabilität aussehen, wenn sich diese Kostenschätzung auf einmal als Luftschloss bewahrheiten und sich als zu optimistisch herausstellen würde. Vielleicht müsse man Abstriche machen. Es gebe sicher Betriebsfolgekosten. Sie hätten ein Flachdach und dieses brauche Pflege. Es könnte sein, dass der Wechselrichter

ausgetauscht werden müsste oder dass das Flachdach, welches bereits 40 Jahre alt sei, eine Neurenovation gebrauche. Wenn die Paneelen nach Ablauf der Lebensdauer entsorgt werden müssen, wer wisse, was das koste. Die sehr dürftige Reserve „Baunebenkosten und Reserve“ von nur CHF 33'000.-- würde wohl bei weitem nicht ausreichen. Wer garantiere den Preis von CHF 750'000.--. Höhere Kosten würden die Rentabilität und die Amortisation beeinflussen. Wenn man dort eine andere Grösse habe, sei das Risiko klar höher.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, führt aus, dass sie bereits gehört hätten, dass die Weisung 4 am 19. Januar 2015 vom Stadtrat verabschiedet wurde, aber erst am 4. Mai 2015 in der GRPK vorgestellt worden sei. Das Ganze - auch wie schon gehört - dann mit dem Hinweis, dass im Hinblick auf die anstehende Sanierung - verbunden mit dem Thema Gerüst - ein gewisser zeitlicher Druck da sei. Da entstehe bei ihr - mit Verlaub - ein gewisser Unmut.

Dass die Weisung nach dieser Zeitspanne ohne detaillierte Abklärung, Berechnung, Unterlagen und Offerte von Contracting Anbieter daherkomme, erzeuge bei ihr ebenfalls ein komisches Gefühl. Wenn es wirklich finanziell so unattraktiv wäre, die Dachflächen mit Null Risiko und ohne Kosten zu vermieten, dann hätte man das auch rechnerisch aufzeigen und darstellen können. Das wäre für sie transparentes Geschäften.

Sie habe sich dann erlaubt, einen möglichen Contractor einzuladen und sie hätten in der GRPK eine Grobübersicht über die Funktionsweise der Dachflächen Vermietung erhalten. Das Ganze allerdings nur mit einer Grobschätzung, ohne fundierte Zahlen und Berechnung, ohne Vergleichsvarianten und ohne konkrete Offerten. Und - nebenbei - auch ohne parallel geführte Preisverhandlungen zum Stromeinkauf. Sie hätten nun also mit A, B, C, D und E fünf Varianten, aber keinen Plan B präsentiert bekommen. Das sei für sie einfach nicht geschäftsüblich.

Was ein Contractor nie machen würde, sei eine Berechnung der Photovoltaikanlage ohne Unterhalt, Reparatur und Ersatzteile. Das sei nicht seriös, wurde ihr mitgeteilt. Könne doch der Austausch der sogenannten Wechselrichter schnell einmal CHF 100'000.-- ausmachen. Zudem sei zum Beispiel am 12. Juni 2015 in der Zürichsee-Zeitung ein Artikel über eine Firma in Niederhasli erschienen, welche eine Pilotanlage für die industrielle Produktion von flexiblen Solarmodulen eingeweiht habe. Es handle sich dabei bereits um Solarzellen der dritten Generation mit einem ebenfalls sehr hohen Wirkungsgrad, aber mit viel tieferen Herstellungskosten aufgrund eines neuen Verfahrens. Darum gäbe es von ihnen ein Nein zu Investitionen in alte Technologien. Da die Finanzlage angespannt sei und in den nächsten Jahren Investitionen - gemäss FEP - von CHF 100 Mio. anstehen würden und notabene solche, die kaum ausgelagert werden könnten, fänden sie das der falsche Zeitpunkt für Experimente. Und was sie ja wüssten sei, vor allem die, die schon länger im Gemeinderat sassen, dass eigentlich fast jede Weisung/jedes Geschäft am Schluss teurer gewesen sei, als geplant und budgetiert. Darum auch da ein Nein zu finanziellen Experimenten.

Nebst dem finanziellen Aspekt gehöre es zudem nicht zu den Kernaufgaben einer Stadt eine Photovoltaikanlage zu betreiben. Dafür gebe es genügend Firmen, welche über entsprechende Spezialisten und die notwendige Erfahrung verfügen würden und die in Forschung und Entwicklung in diesem Bereich tätig seien. Denn sobald Photovoltaikanlagen betrieben würden, brauche es einen Initialaufwand z.B. bezüglich Schulung des Personals, Know-how

Aufbau usw. Die Entwicklung gerade im Bereich Energie mitzuverfolgen mache absolut Sinn, aber es mache keinen Sinn, solche Experimente auf dem Buckel der Steuerzahler durchzuführen. Man solle das den professionellen Firmen, welche dazu ausgebildet seien, überlassen.

Zusammengefasst würde man sagen können: Mit etwas Weitblick und Sinn für die Entwicklung am Markt, Bewusstsein für die finanzielle Situation plus der Erfahrung im Bereich „unmöglich vorhersehbare Überraschungs-Mehrkosten“ müssten sie leider Nein sagen. Für sie würde es viel mehr Sinn machen, ein Gesamtkonzept über alle städtischen Immobilien zu erstellen und dabei Hütten und Schönenberg im Hinterkopf zu behalten und Verhandlungen (inkl. Strombezugskosten) mit einigen Contracting Anbietern zu führen. Anstelle der angedachten Hauruckübung wäre das professionelles Geschäft und schlussendlich bestimmt zielführender. Darum sei die SVP gegen die Weisung 4.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni, teilt mit, dass er der GRPK und ihrer Präsidentin für die detaillierte und zeitgerechte Prüfung der vorliegenden Weisung danke, damit dieses Geschäft bei einer Genehmigung ohne Verzögerungen und Mehrkosten realisiert werden könne.

Er freue sich sehr, hier das geplante Photovoltaikprojekt umschreiben zu dürfen, da er überzeugt sei, dass sie mit der vorliegenden Weisung ein ausgereiftes und überzeugendes Projekt dem Gemeinderat vorlegen können würden. Ein Projekt, das nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern genauso aus ökonomischer Sicht überzeuge.

Angelehnt an den "Masterplan Energie 2020+" hätten sie mit diesem Projekt die Chance, den Worten des Masterplans nun Taten folgen zu lassen und dadurch einen massgeblichen Beitrag für den gezielten Ausbau der erneuerbaren Energien leisten zu können.

Sowohl die Flachdächer des Hallenbades wie auch diejenigen des Sportbaus seien für die Montage einer Photovoltaikanlage bestens geeignet. Die Dächer seien gut besonnt und bereits 2002 nachisoliert worden. Die ohnehin vorgesehenen Vorbereitungsarbeiten, Baustellen-Installationen und Anpassungsarbeiten für die Gebäudehüllensanierung des Sporttrakts würden die Montage der geplanten Solaranlagen erleichtern und vergünstigen wie man bereits vorher gehört habe.

Da die Sportbauten und insbesondere das Hallenbad ganzjährig viel elektrische Energie benötigen würden, könne praktisch 100% des selbst erzeugten Solar-Stroms intern im Gebäude verbraucht werden. Allfällige kurzzeitige Stromüberschüsse während der Betriebsferien im Sommer könnten für die Brauchwarmwasser-Aufbereitung eingesetzt werden.

Auf dem Dach der Hauptschwimmhalle, dem Dach des Lernschwimmbeckens und auf dem Dach der Dreifachturnhalle sollen insgesamt 1'830 m² Paneelen mit einer Neigung von 10 Grad montiert werden. Mit dieser Montageart erreiche man eine gleichmässige Verteilung der Stromproduktion über den ganzen Tag und vermeide extreme Stromspitzen über die Mittagszeit.

Nach Abschluss aller Sanierungsetappen könne mit der Photovoltaikanlage die Hälfte des Jahresstrombedarfs der Sportbauten gedeckt werden. Die Strom-Eigenproduktion entspräche übrigens in etwa dem Jahresstromverbrauch der Schulanlagen Eidmatt, Gerberacher, Langrüti, Stocken und Ort gemeinsam.

Für die betriebsbereite Montage der Photovoltaik-elementen sei insgesamt mit CHF 750'000.-- zu rechnen, wie man bereits gehört habe. Dies unter der Voraussetzung, dass die Elemente gleichzeitig mit der Innen- und Aussenrenovation des Sportbaus montiert werden könnten. Die Rentabilität und die damit verbundene Amortisationsdauer seien wegweisend und eine derart hohe Wirtschaftlichkeit eines städtischen Projektes sei gemäss seinem Wissen noch nie erreicht worden.

Die Kostenermittlung sei für den Kostenvoranschlag, wie bei allen Bauvorhaben auf der Basis von vergleichbaren Projekten und bei grösseren Positionen mit Vorofferten von Unternehmen ermittelt worden, wie bereits von Rita Hug richtigerweise gehört. Für die Photovoltaikanlage auf den Sportbauten Untermosen - wie man auch schon bereits gehört habe - lägen zur Zeit für 90% der Kreditsumme definitive Offerten oder Vorofferten vor. Für den Hauptauftrag müsse effektiv der übliche Unternehmerwettbewerb durchgeführt werden. Vom gesamten Anlagepreis müsse zudem Material im Umfang von ca. 30% im Euro-Raum beschafft werden. Da seit der Erstellung des Kostenvoranschlags im Herbst 2014 durch die Aufhebung des Frankenmindestkurses günstiger im Euroraum eingekauft werden könne, würde sich dies bei der definitiven Beschaffung preissenkend auswirken.

Sie würden deshalb mit gutem Gewissen sagen können, dass sie ihre Hausaufgaben erledigt hätten und mit den berechneten Kosten klar auf der sicheren Seite seien. Es erstaune deshalb umso mehr, dass nun eine grosse Partei, die in der zuständigen Kommission sehr gut vertreten sei, den Vorwurf in den Raum stelle, der Voranschlag sei unsicher und könne kaum eingehalten werden und dies auch noch öffentlich verbreite. Diese Behauptung sei schlicht nicht nachvollziehbar und entbehre jeder rationellen Grundlage, da heute jeder die Kosten einer entsprechenden Anlage ohne grossen Aufwand selbst nachrechnen könne.

„Sehr geehrte Anwesende, Sie würden gemäss dem von Ihnen prognostizierten Idealfall einen jährlichen Stromertrag im Gegenwert von CHF 60'000.-- erwarten.“ Beim Contracting wären es gerade einmal knapp CH 2'000.-- pro Jahr, welche man bekommen würde. Die CHF 60'000.-- entsprächen einer Rendite von 8%. Dadurch könnte die Investition innerhalb von 14 Jahren amortisiert werden und belaste den städtischen Finanzhaushalt nicht. Nach heutigen Erkenntnissen könne übrigens mit einer Mindestlebensdauer der Photovoltaik-elemente von 40 Jahren gerechnet werden.

Er danke den zuständigen Projektplanern Bernhard Brechbühl und Andreas Felber für die geleistete Arbeit und sei zu 100% überzeugt davon, dass sie mit der vorliegenden Weisung ein in jeder Hinsicht überzeugendes Projekt mit regionaler Ausstrahlungskraft realisieren könnten.

Gemeinderatspräsident Erich Schärer erinnert daran, dass sie immer noch bei der Eintrittsdebatte seien. Sie seien schon sehr stark ins Detail gegangen und wenn von den Mitgliedern nicht jemand noch ganz dringend etwas sagen wolle, schlage er vor, dass man nun über das Eintreten abstimme.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 4.

Detailberatung:

Ivo Peyer, BFPW, sagt, dass er versuche die Sachen aus seiner Rede herauszustreichen, welche bereits gesagt worden seien. Sie vom Bürgerlichen Forum fänden es schade, dass der Stadtrat seit zwei, drei Jahren wisse, dass die Sportbauten Untermosen saniert werden müssten. Warum das intern erst im Januar 2015 im Stadtrat genehmigt wurde und die Weisung erst am 28. März 2015 hinausgegangen und der GRPK erst am 4. Mai 2015 übergeben worden sei, sei ihnen ein Rätsel. Sie fänden, dass man der vorberatenden Kommission mehr Zeit geben müsse, als das einfach schnell durchzuwinken. Wenn er für seinen Arbeitgeber grössere Projekte machen müsse, sei er sich gewohnt, dass er dies dem Verwaltungsrat mit drei fixen Offerten plus Preis vorlegen müsse. Hier müsse man von Annahmen ausgehen, das störe ihn. Es sei auch auf Antworten, die er erhalten habe, so geschrieben, dass man keine Offerten eingeholt habe. Dies gehe sonst zu weit. Es störe ihn, dass er über etwas abstimmen müsse, über das er keine Offerte und keinen fixen Betrag habe, alles seien Annahmen oder vergleichbare Objekte, welche er inspiziert habe. Weiter glaube er nicht, dass eine solche Anlage wartungs- und unterhaltsfrei sei. Er sei sich bewusst, dass sie sicher nicht allzu grosse Wartungs- und Unterhaltskosten habe, aber dass sie keine habe, an das glaube er nicht. Weiter glaube er nicht, dass während 14, 15 oder 16 Jahren nie Brauchmaterial ersetzt werden müsse. Das gehöre für ihn in eine saubere Aufstellung der Betriebs- und Folgekosten.

Obwohl für das Bürgerliche Forum Positives Wädenswil sehr viel in dieser Weisung nur auf Annahmen beruhe, stimme er dieser Weisung zu. Sie hätten im Forum Stimmfreigabe beschlossen. Sie bäten den Stadtrat inskünftig, solche Weisungen zeitgerecht - wenn man schon wisse, dass es so lange daure - der Legislative zur Vorberatung zu überweisen.

Simon Kägi, GP, meint, dass die SVP ihn heute negativ überraschen würde. Auf der einen Seite - beim grossen Traktandum des Abends, der Rechnung - wünsche man sich eine schlanke Verwaltung sowie zügige Abläufe um Kosten zu sparen. Nun habe man eine schlanke und zügige Weisung gesehen, welche die Verwaltung nicht so viel Geld gekostet habe und das sei nun auch wieder nicht recht. Das mache ihn stutzig. Auf der einen Seite sage man, schlank und zügig, auf der anderen Seite wolle man eine Nullrisikamentalität. Vielleicht komme das auch von ihrer Nationalrätin Rickli. Diese wolle auch überall null Risiko. Null Risiko koste. Es sei für ihn ein Widerspruch. Als zweitens wolle er der Präsidenten der GRPK sagen, dass sie in der Legislative sei. Sie sei sozusagen die Gesetzgebende, die anderen würden ausführen. Die GRPK habe die Möglichkeit, das Tempo zu beeinflussen. Es irritiere ihn, wenn sie sagen würden, dass sie in der GRPK zu wenig Zeit gehabt hätten. Sie sollen sich diese Zeit nehmen. Sie seien Gemeinderäte, sie würden das Anliegen in der

GRPK prüfen und da verstehe er nicht, dass sie sagen würden, dass sie zu wenig Zeit gehabt hätten. Man hätte das noch zwei Monate hinauszögern können - es hätte dann mehr gekostet - aber sie als Legislative würden die Möglichkeit haben zu sagen, was der Fahrplan sei und nicht der Stadtrat.

Im Weiteren rühme sich die SVP als Gewerbeartei. Er sei sich sicher, dass es in ihrer Partei Gewerbler gebe, die Flachdächer machen würden. Flachdächer seien kein Experiment, sie gebe es seit Jahren. Es sei kein Risiko, das man eingehe. Genauso - hier seien sie eventuell noch nicht so gut aufgestellt - gebe es Photovoltaikanlagen auch schon seit über 30 Jahren. Es sei auch kein Experiment eine Photovoltaikanlage in Gebrauch zu nehmen. Es seien schon zwei sehr langjährige, fast schon traditionelle Sache, die hier zusammengeführt werden. Ein Flachdach und eine Photovoltaikanlage seien jetzt nicht etwas, welches sehr innovativ und aussergewöhnlich sei. Er wünsche sich, dass die SVP bei der Abstimmung das etwas berücksichtige.

Vor einigen Jahren habe man mit dem Gemeinderat einen Parteikollegen besucht. Dieser habe ihnen einen Melchroboter gezeigt. Ein Melchroboter sei dazumal etwas ganz Neues gewesen und man habe überhaupt nicht gewusst, um was es gehe. Trotzdem hätten die Bauern den Mut gehabt, einen Melchroboter zu installieren, obwohl man nicht gewusst habe, wie die Kühe darauf reagieren würden. Auch der Bauer habe sich auf dem Melchroboter nachschulen lassen müssen. Er denke bei einer Photovoltaikanlage habe man sehr viele Erfahrungswerte und mindestens 30 Jahre Erfahrung; beim Melchroboter habe man das nicht gehabt. Das begreife er nicht.

Adrian Stocker, SVP, sagt, dass er sich leider auch deutlich gegen die Weisung aussprechen müsse. Er habe letztes Jahr bereits in einem Postulat oder einer Motion gefordert, dass solche Anlagen auf öffentlichen Gebäuden von anderen Unternehmen erstellt werden sollen und nicht durch die Stadt, damit sie dieses Risiko auch noch tragen müsse. Zum Thema Ökologie müsse man sagen, ob die Anlage nun von jemand anderem oder der Stadt Wädenswil erstellt und finanziert werde, komme nicht darauf an. Ein Zeichen setzen müsse man auch nicht. Es sei mittlerweile wohl jedem klar, dass man solche Anlagen machen könne wenn man wolle und ein Dach habe. Es gebe solche schon seit 30 Jahren. Also innovativ sei das nicht mehr. Matchentscheidend sei nur noch, ob dies rentiere oder nicht oder ob man etwas anderes machen wolle oder nicht. Sie würden in Wädenswil mit dem EKZ einen guten Partner für die Stromversorgung haben. Jonas Rickli habe es bei der Rechnung bereits erwähnt: Was nicht Aufgabe der Stadt sei, solle man sein lassen und nicht versuchen, sich auch dort noch zu etablieren. Das verteuere nur alles. Die Stromproduktion sei traditionell und solle weiterhin nicht Aufgabe der Stadt Wädenswil sein. Was noch nicht angesprochen worden sei, sei der Strompreis. In der Weisung würde angenommen, dass sich der Strompreis um 2% erhöhen werde. Das könne sein, aber klar sei, dass in den letzten Jahren der Strompreis sogar gesunken sei und sich nicht verteuert habe. Dies habe zur Folge, dass die grossen Wasserkraftwerke, die in der Schweiz Tradition hätten, zurzeit defizitär seien und mit den grössten Problemen zu kämpfen hätten. Sie würden meinen, man könne neue Sachen machen und es ginge dann besser. Momentan würden private Anlagen, die mit KEF rechnen würden, nicht rentieren, da dieser seit April gesunken sei. Ab November, wenn er nochmals sänke, sei es gar nicht mehr rentabel. Die Solarbauer seien dann ar-

beitslos. Aber die Stadt Wädenswil sehe es offenbar anders als der ganze Rest der Wirtschaft und wolle fleissig investieren. Wenn man so Sachen mache - und dies wüsste man, dass sowas koste - dann sei er mit Simon Kägi einverstanden, aber man dürfe nicht nur die Planung, sondern müsse auch den Unterhalt von solchen Anlagen berücksichtigen. Dazu würden auch Bedienung, Reinigung und Versicherung gehören. Das sei alles nicht vorhanden. Solche Sachen solle man in der Planung auch berücksichtigen, dann könne es aus den 6.25% Plus auch ein Minus geben. In der Weisung könne man mit den Zahlen jonglieren, so dass diese am Schluss stimmen würden. Als Letztes wolle er noch sagen, dass auch die Reststromverwertung unklar sei. Man könne schon sagen, man halte über die Sommerferien das Wasser warm. Aber ob dann die Stromverwertung von praktisch allem auf einmal um 80% oder so sinke, wüsste man nicht und dann sähe die Rechnung auch wieder anders aus. In diesem Sinne empfehle er die Weisung zur Ablehnung.

Gemeinderatspräsident Erich Schärer teilt mit, dass sie nun zur Abstimmungen kämen. Da der Beschluss dem fakultativen Referendum unterstände, bitte er die Stimmzähler um Auszählung. Der Antrag der GRPK laute wie folgt:

1. Die einstimmige GRPK beantragt, auf die Weisung 4 einzutreten.
2. Die GRPK beantragt grossmehrheitlich, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen und dessen favorisierte Variante A zu realisieren.

Schlussabstimmung (mit Stimmzähler):

Der Rat stimmt mit 23:9 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Weisung 4 betreffend Sportbauten Untermosen, Einbau einer Photovoltaikanlage; Kredit, zu.

Gemeindepräsident Erich Schärer sagt, dass man in zwei Wochen nochmals zusammenkomme und die Traktanden 9 – 13 auf diese Sitzung verschieben werde.

06.03.01

14. Einbürgerungen:

KAJTAZI Jeton, geb. 14. Mai 1983 in Shillovë (Kosovo), verheiratet (mit Valbona Osmani, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen), kosovarischer Staatsangehöriger, mit seiner Tochter **Tara**, geb. 23. August 2011 in Horgen ZH, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 17

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

CHF 1'500.--
Ernst Grand

TALEB geb. Böhme Julia, geb. 24. Juni 1977 in Fulda (Deutschland), deutsche Staatsangehörige, mit ihrem Ehemann **Tarek**, geb. 2. Juni 1978 in Sarhine (Libanon), libanesischer Staatsangehöriger, und den Kindern **Jakob**, geb. 26. Januar 2007 in Horgen ZH und

Zeinab, geb. 20. Dezember 2010 in Fulda (Deutschland), beide deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Obere Leihofstrasse 20

Einbürgerungsgebühr CHF 1'500.--
Referentin im Gemeinderat: Sandy Bossert

YILDIRIM Selçuk, geb. 30. März 1975 in Erzincan (Türkei), türkischer Staatsangehöriger, mit seiner Ehefrau **Hanna geb. Pfeifer**, geb. 16. Mai 1974 in Hamburg-Harburg (Deutschland), deutsche Staatsangehörige, und den Kindern **Karla Ayana**, geb. 29. Oktober 2007 in Zürich ZH und **Robert Eren**, geb. 16. Juni 2010 in Zürich ZH, beide deutsche und türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Eichweidstrasse 7a

Einbürgerungsgebühr: CHF 1'500.--
Referent im Gemeinderat: Ivo Peyer

ZHDANKIN Vitaly, geb. 24. November 1999 in Moskau (Russland), ledig, russischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Eichweidstrasse 22

Einbürgerungsgebühr: CHF 750.--
Referent im Gemeinderat: Thomas Rom

Gemeindepräsident Erich Schärer fügt hinzu, dass allen soeben das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt worden sei, vorbehältlich der Genehmigung durch den Bund und den Kanton. Er bitte sie, dass sie von den Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen würden.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeindepräsident Erich Schärer keine Einwände erhoben.

Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv.